

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag (dort beschlossen am: 08.09.2025)

Titel: Es braucht eine Stuktureform

Antragstext

1 Zu einer ehrlichen Analyse des Ergebnisses der vergangenen Wahlkämpfe in diesem
2 Jahr gehört die Erkenntnis, dass wir als Partei gemeinsam besser werden müssen.
3 Die Partei ist in den vergangenen Jahren hierarchischer geworden. Wir erwarten
4 über Inhalte und Positionen unserer Partei vor der Presse zu erfahren. Die SPD
5 darf keine Top-down-Organisation sein, wir erwarten anderes von einer
6 Arbeiter:innenpartei.

1. Ehrenamt vor Ort stärken

8 Wir werden die Ortsvereine und Kreisverbände - die Basis unserer politischen
9 Präsenz vor Ort - stärker in den Blick nehmen und konstant auch außerhalb der
10 Wahlkämpfe unterstützen.

11 Insbesondere Ortsvereine und Kreisverbände sind das Herz dieser Partei. Hier
12 treffen Arbeitnehmer:innen auf Studierende, Alte auf Junge, Zugezogene auf
13 Alteingesessene, Menschen aus dem Einfamilienhaus auf Menschen aus der Platte.
14 Hier werden gemeinsam unsere Positionen diskutiert, Aktionen geplant und
15 Kampagnen auf die Straße gebracht.

16 Die Wahlkämpfe haben jedoch offenbart, dass diese Strukturen deutlich mehr
17 Unterstützung und Einbindung durch den Landesverband benötigen als bisher. Wir
18 müssen für einen erfolgreichen Wahlkampf innerparteilich gut strukturiert sein
19 und alle Ebenen mit einbeziehen. .

20 Wir werden dafür Sorge tragen, dass die ehrenamtlich Engagierten vor Ort wieder
21 wahrnehmbarer werden. Die Thüringer:innen verbinden mit der SPD nicht nur ihr
22 Spitzenpersonal in Ämtern und Mandaten in Erfurt, sondern auch die Engagierten
23 vor Ort. Die Breite unserer Partei ist noch immer unsere große Stärke - das muss
24 sich auch in der öffentlichen Kommunikation widerspiegeln.

25
26
27 Deshalb fordern wir:

- 28 • eine:n Referent:in in der Landesgeschäftsstelle, die die Ortsvereine und
29 Kreisverbände bei der Bewältigung der strukturellen Aufgaben unterstützt.
- 30 • die Aufrechterhaltung der SPD-Bürostrukturen im ganzen Freistaat, notfalls
31 finanziert durch höhere Mandatsabgaben.
- 32 • weiterhin die Unterstützung und Anregung zum Zusammenschluss von
33 Ortsvereinen.
- 34 • einen Landesvorstand, der vor Ort aktiv und sichtbar ist, sowie für alle
35 Gliederungen ansprechbar ist.
- 36 • Verbesserung der Darstellung der inhaltlichen Arbeit vor Ort in der
37 öffentlichen Kommunikation. Die Vielfältigkeit unserer Partei muss auch
38 nach außen hin sichtbar gemacht werden.

39 1. Beschlusslagen respektieren

40 2. Beschlusslagen respektieren

41 In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Situationen, in denen gewählte
42 Vertreter:innen der SPD Thüringen von der aktuellen Beschlusslage abgewichen
43 sind. Wir fordern von unseren gewählten Vertreter:innen ein, dass diese sich an
44 die Beschlüsse unserer Parteitage, und damit an die der Mitglieder:innen,
45 halten.

46 Der Landesvorstand der SPD Thüringen darf nur in absoluten Ausnahmen und durch
47 drastisch veränderte politische Umstände von den Beschlusslagen eines
48 Landesparteitages abweichen. Sofern dies der Fall ist, muss der SPD
49 Landesvorstand die Gründe für die Abweichungen schriftlich den Mitgliedern
50 darlegen. Das gilt insbesondere für Personen, die in Spitzenämter der SPD
51 Thüringen gewählt wurden und für unsere Partei Position beziehen. Der
52 Landesparteitag ist das höchste beschlussfassende Gremium der SPD Thüringen,
53 dies muss wieder von allen umgesetzt werden.

54 1. Kommunikation intern

55 3. Kommunikation intern

Vielfach ist die Kommunikation der SPD Thüringen nach außen gerichtet, um über unsere politischen Ideen, Vorhaben und Einschätzungen zu informieren. Künftig werden wir auch die Kommunikation intern verstärken, um unsere Mitglieder mitzunehmen und einzubeziehen. Um die Thüringer:innen von unseren Ideen zu überzeugen, versteht es sich von selbst, zunächst die Genoss:innen abzuholen. Sie sind es, die unsere Kampagnen vor Ort zu den Menschen tragen, den direkten Kontakt zu den Bürger:innen haben und halten und unser Programm in den Gemeinden vertreten.

Deshalb fordern wir:

Deshalb fordern wir:

- die Durchführung von mehr inhaltlichen Veranstaltungen, die für die ganze Partei geöffnet sind.
- die stärkere Einbeziehung von Gremien und der Partei und ihrer Mitglieder:innen im Gesamten in den vielfältigen Entscheidungsfindungsprozessen.

1. Stärkere Stellung der Arbeitsgemeinschaften

4. Stärkere Stellung der Arbeitsgemeinschaften

Die SPD Thüringen stärkt die Stellung der Arbeitsgemeinschaft. Insbesondere sie sind es, die auch abseits der Wahlkämpfe den inhaltlichen Motor unserer Partei darstellen und das gesamte Jahr über an inhaltlichen Positionen arbeiten und dafür kämpfen. Sie suchen nach Antworten auf konkrete politische Herausforderungen und entwickeln die Lösungsvorschläge, die die politische Agenda der SPD prägen. In ihrer Arbeit und als Netzwerkpartner wirken sie weit über die Parteistrukturen hinaus und ermöglichen der Sozialdemokratie eine politische und gesellschaftliche Präsenz.

Diese herausgehobene Stellung muss auch in den Strukturen der SPD Thüringen deutlich werden. Deshalb fordern wir:

- die stärkere inhaltliche Einbeziehung der AGs, wenn es um Themen geht, die originär im thematischen Zuständigkeitsbereich liegen.
- regelmäßige Treffen zwischen dem geschäftsführenden SPD-Landesvorstand, sowie der Fraktion und den Vorständen der Arbeitsgemeinschaften, um einen engeren Austausch zu ermöglichen und Positionen frühzeitig einigen zu können.

Wir werden mit den vorgenannten Punkten einen strukturellen Reformprozess

90 starten. Die Organisationsstruktur unserer Landespartei muss fit für die Zukunft
91 gemacht werden. Zu diesem Zweck soll eine Strukturkommission eingesetzt werden,
92 die die Breite der Partei widerspiegelt. Diese soll im ersten Schritt eine
93 Mitgliederbefragung entwickeln und die erhaltenen Ergebnisse in die
94 Neustrukturierung einfließen lassen. Den sinkenden Mitgliederzahlen und den
95 enger werdenden finanziellen Möglichkeiten muss bei den Veränderungen Rechnung
96 getragen werden.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Humanität und Solidarität statt Abschottung!

Antragstext

1 Als im Jahr 2022 als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine über
2 sechs Millionen Geflüchtete in die Europäische Union kamen und hier Schutz
3 fanden, zeigte sich ein lange verschollenes Gesicht der europäischen
4 Asylpolitik: Nicht Abschottung, Inhumanität und Uneinigkeit zwischen den
5 Mitgliedstaaten prägten das politische Handeln, sondern eine große
6 internationale Solidarität.

7 Mehr als zweieinhalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der
8 Fluchtbewegungen der Ukrainer:innen spielt das Thema Migration noch immer eine
9 große Rolle, doch der Ton hat sich verschärft.

10 Dieser Paradigmenwechsel ist insbesondere in Anbetracht der noch vor zwei Jahren
11 praktizierten solidarischen und humaneren Asylpolitik nur schwer zu ertragen.
12 Deswegen ist es höchste Zeit, als Sozialdemokrat:innen grundsätzliche Haltung für
13 eine menschenwürdige Asylpolitik zu zeigen und sich gegen die teilweise
14 menschenfeindliche, rassistische und von der Realität losgelöste
15 Migrationsdebatte zu stellen:

- 16 • Die SPD Thüringen lehnt die zugespitzte Rhetorik in der aktuellen
17 Migrationsdebatte ab und verurteilt die Übernahme und Annäherung an
18 rechtsextreme Narrative. Populismus und menschenfeindliche Aussagen können
19 niemals unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft
20 sein.
- 21 • Die SPD Thüringen steht zum sozialdemokratischen Grundwert der
22 internationalen Solidarität. Dieser steht im unvereinbaren Gegensatz zur

Abschottungspolitik, die sich aktuell in Grenzkontrollen an deutschen Binnengrenzen ausdrückt. Die Sozialdemokratie stand und steht für die europäische Gemeinschaft, für ein Europa der Menschen, nicht der Mauern und Stacheldrähte.

Im Thüringer Superwahljahr 2024 fand ein migrationspolitischer Überbietungswettbewerb politischer Parteien statt. Statt solidarischer und konstruktiver Debatten führen wir Diskussionen über mehr und schnellere Abschiebungen durch gezielte Beschneidung von Freiheitsrechten, die Einstufung unterdrückerischer Regime als sichere Herkunftsstaaten und die zunehmende Abschottung Deutschlands und der Europäischen Union durch umfangreiche Grenzkontrollen:

- Als SPD Thüringen bekennen wir uns zu dem Ziel der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik, ein solidarisches Verteilungssystem aufzubauen.
- Die SPD Thüringen stellt fest, dass weder das von der Taliban beherrschte Afghanistan noch das diktatorisch geführte Syrien aufgrund der aktuellen Menschenrechtslage als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden können.
- Die SPD Thüringen lehnt Grenzkontrollen an deutschen Binnengrenzen ab und fordert die Bundesregierung auf, diese schnellstmöglich zu beenden.

Weiterhin bekennt sich die SPD Thüringen zu der Verantwortung, ihren landespolitischen Einfluss in Migrationsfragen für Humanität und Solidarität geltend zu machen. Besonders bei der Frage, wie die Bezahlkarte für Geflüchtete ausgestaltet werden sollte, stellt die SPD Thüringen klar:

- Keine Bargeldebegrenzung! Wie bei einer regulären Girokarte sollte es möglich sein, das vollständige Guthaben abzuheben. Aufgrund der niedrigen Regelsätze im Asylbewerberleistungsgesetz sind Geflüchtete besonders stark auf Bargeldtransaktionen angewiesen, auf Flohmärkten, Gebrauchtwarenplattformen oder bei Privatverkäufen. Fallen diese Möglichkeiten weg, wird das zur Verfügung stehende Budget künstlich geschmälert und die Versorgungssituation verschlechtert.
- Regional gebundene Bezahlkarten schränken die Bewegungsfreiheit von Geflüchteten massiv ein. Die örtlichen Beschränkungen kommen einer finanziellen Residenzpflicht durch die Hintertür gleich.
- Eine Genehmigungspflicht von Überweisungen und Abonnements lehnen wir ab. Eine solche Maßnahme erschwert gesellschaftliche Teilhabe, beispielsweise

57 beim Abschluss von Vereinsmitgliedschaften oder Mobilfunkverträgen und
58 geht darüber hinaus mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand
59 einher.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Wehrhafte Demokratie beginnt im
Wahlausschuss!**

Antragstext

1 Nach § 24 III und § 28 II ThürKWG kann diejenige Person für das Amt des:der
2 Bürgermeister:in und des:der Landrät:in nicht gewählt werden, die nicht „die
3 Gewähr dafür bietet, dass sie jederzeit für die freiheitliche und demokratische
4 Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und die Landesverfassung
5 eintritt.“Dementsprechend braucht es eine klare Haltung in den Wahlausschüssen,
6 die das erste Bollwerk der wehrhaften Demokratie darstellen.

7
8 Wir fordern die Fraktionen des demokratischen Spektrums im Thüringer Landtag
9 dazu auf, das Verfahren in den Wahlausschüssen zur Überprüfung der Wählbarkeit
10 der Kandidierenden für die Ämter der kommunalen Wahlbeamten zu überarbeiten,
11 damit die Voraussetzungen der Wählbarkeit bereits vor der Wahl rechtssicher
12 überprüft werden können.

13 Wir fordern zudem alle Mitglieder in den Wahlausschüssen dazu auf, sich
14 gewissenhaft mit den ihnen vorliegenden Wahlvorschlägen, insbesondere denen der
15 AfD und anderen rechten und extrem rechten Wahlbündnissen auseinanderzusetzen.
16 Gegebenenfalls sollen sie die Hilfe und Beratung der Rechtsaufsichtsbehörden und
17 viel mehr noch die Unterstützung von Beratungsstellen wie MOBIT e.V. und
18 ähnlichen Initiativen wahrzunehmen. Darüber hinaus fordern wir sie dazu auf, in
19 den Fällen, in denen eine intensive Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen
20 Kandidierenden zur Entscheidung notwendig ist, eine Vertagung der Entscheidung
21 zu beantragen, um mit der nötigen Zeit die Erörterung des Sachverhalts vornehmen
22 zu können.